



01.10.2025

Briefaktion 17/25 – **VIETNAM:** *Can Thi Theu, Le Dinh Luong u.a.*

Haftbedingungen, Folter



Vietnam: 88,7 Mio. Einwohner auf 331.114 km² Fläche, BSP/Einw. 1.400 \$ (2012), Bevölkerung: 87% Vietnamesen, Hmong, Thai, Khmer, Chinesen; Religion: über 50% Buddhisten, 8-10% Christen (v.a. Katholiken und protestantische „Hauskirchen“), 2-4% Anhänger des Hoa Hao, 2% Anhänger des Caodaismus, Minderheit von Muslimen. Vietnam hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



In Vietnam befinden sich mehrere Gefangene aktuell in beunruhigendem Gesundheitszustand, wie ACAT von Menschenrechtsaktivisten im Exil erfahren hat.

Die Landrechtsverteidigerin **Can Thi Theu** war im Juni 2020 mit ihren beiden Söhnen, **Trinh Ba Phuong** und **Trinh Ba Tu**, festgenommen worden. Can Thi Theus Gesundheitszustand im Gefängnis Nr. 5 in Thanh Hoa ist sehr ernst. Zwar wurde sie Ende Juli 2025 wegen starker Magenkrämpfe und Fieber im Krankenhaus behandelt und erhielt Antibiotika, bevor sie ins Gefängnis zurückgebracht wurde. Sie leidet jedoch weiter unter Schmerzen und wird in der Haft nicht angemessen versorgt.

Die Gefangene und ihre Söhne hatten über die gewaltsame Beschlagnahme von Land durch Behörden im Dorf Dong-Tam berichtet (s. u.a. BA 19/23). Die drei wurden gemäß Artikel 117 des vietnamesischen Strafgesetzbuches, der „Propaganda gegen den Staat“ verbietet, verurteilt.

Gegen Can Thi Theu und Trinh Ba Tu wurden in zweiter Instanz Haftstrafen von 8 Jahren bestätigt.

Trinh Ba Phuong erhielt im Berufungsprozess 10 Jahre Haft. Er war 4 Tage nach Geburt seines zweiten Kindes verhaftet worden. Für den 27.09.2025 wurde ein zusätzliches Verfahren gegen Trinh Ba Phuong angesetzt. Er hat wiederholt Folter erlitten, u.a. nach einem Protest im Gefängnis-Hof. Aktuell wird er im An Diem Gefängnis in der Provinz Quang Nam festgehalten, fast 1.000 km von seiner Familie entfernt.

Anlässlich des neuen Verfahrens bittet seine Ehefrau um Zeichen der Solidarität.

Der christliche Menschenrechtsverteidiger (**Gioan Baotixita / Johannes**) **Le Dinh Luong**, geboren 1965, hatte sich für die Opfer der Umweltkatastrophe von 2016 in Vietnam, auch Formosa-Katastrophe genannt, eingesetzt. Es handelte sich um eine der größten Umweltkatastrophen in Vietnam.

Ein Tochterunternehmen des taiwanesischen Konzerns Formosa Plastics Group hatte damals hochgiftiges Abwasser direkt ins Meer in Mittelvietnam geleitet, sodass Fische, Korallen und andere Meerestiere entlang einer Küstenlinie von rund 500 km verendeten. Die Lebensgrundlagen von bis zu fünf Millionen Menschen sind über Jahrzehnte zerstört. Entschädigungen in Höhe von 500 Millionen US-Dollar wurden laut Human Rights Watch nur an die vietnamesische Regierung gezahlt, nicht jedoch an die betroffene Bevölkerung. Der Katholik Le Dinh Luong hatte in Internet-Beiträgen Zahlungen an die Menschen vor Ort gefordert.

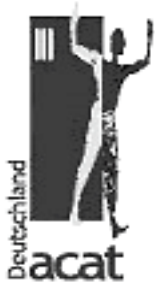
Le Dinh Luong wurde 2017 verhaftet und 2018 in einem unfairen Prozess zu 20 Jahren Haft verurteilt wegen angeblicher „Aktivitäten zum Sturz der Volksverwaltung“ nach Art. 79 des Strafgesetzbuches.

Der Gefangene befindet sich im Nam Ha Gefängnis in der Provinz Ninh Binh in weitgehender Isolationshaft. Die Bemühungen seiner Familie, ihn besuchen zu können, werden immer wieder abgewiesen.

Le Dinh Luongs Gesundheitszustand hat sich verschlechtert. Berichten zufolge bat er um medizinische Behandlung, die ihm jedoch verweigert wurde. Im Mai trat er in einen Hungerstreik, um gegen die Missachtung seines Gesundheitszustands zu protestieren. Im Juni wurde ein Besuch seiner Familie abgebrochen. Wärter zerrten ihn vor den Augen seiner Enkel weg. Im Juli wurde als Disziplinarmaßnahme Einzelhaft angeordnet.



Bitte schreiben Sie an den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sozialistischen Republik Vietnam und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Vietnam, Luftpost, 1,25 EUR**; nach Berlin 0,95 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.10.2025.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/53630200, S.E. Herrn Dac Thanh Nguyen; E-Mail: info@vietnambotschaft.de]



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE66401545300000008664 BIC: WELADE3WXXX

01.10.2025

Briefaktion 18/25 – **BELARUS:** *Denis Dikun, Dmitrij Rawitsch u.a.*

Folter, Todesstrafe



Belarus: 9,8 Mio. Einwohner auf 207.595 km² Fläche, BSP/Einw. 6530 \$ (2012), Bevölkerung: 81% Weißrussen, 11% Russen, 4% Polen, 2% Ukrainer sowie Tataren u.a., Religion: 60 % Russisch-Orthodoxe, 8% Katholiken, Minderheiten von Protestanten, Juden, Muslimen. Belarus hat den *Int. Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Der **24. Welttag gegen die Todesstrafe** am 10. Oktober steht unter dem Motto „**Die Todesstrafe schützt niemanden**“.

ACAT-Deutschland erinnert daran, dass in Belarus weiterhin Gefangene von der Todesstrafe bedroht sind. Belarus ist der letzte Staat in Europa, der die Todesstrafe anwendet. Auch Folter ist weit verbreitet. In zahlreichen Medien wurden im Juni und September Freilassungen von überwiegend politischen Gefangenen gemeldet. Diese erfolgten nach Verhandlungen zwischen Belarus und den USA, die Sanktionslockerungen ermöglicht haben. Etwa 100 Gefangene sind inzwischen freigekommen. Mehr als 1.000 Betroffene sind aber weiter inhaftiert, darunter auch prominente Oppositionelle.

Wir greifen eine Briefaktion von April und Oktober 2023 auf, um erneut den Schutz von zum Tode verurteilten Personen zu verlangen. Die Betroffenen sollen Sabotage gegen Bahntransporte der russischen Armee auf belarussischem Gebiet verübt haben.

Bedroht sind **Denis Dikun, Dmitrij Rawitsch** und **Oleg Moltschanow**. Sie wurden am 4. März 2022, kurz nach Beginn der russischen Großinvasion gegen die Ukraine, unter Terrorverdacht festgenommen. Über ihr Schicksal berichtete auch der Nachrichtensender N-TV. Ihnen wurde angelastet, einen Schaltschrank der Bahn im Süden von Belarus angezündet haben. Verletzt wurde dabei niemand.

Das Innenministerium von Belarus veröffentlichte ein Video von Denis Dikun. Das Gesicht des Mannes zeigt erkennbare Folterspuren, seine Hände sind offenbar hinter dem Rücken gefesselt. Der 29-Jährige „gesteht“ und „bereut“ im Video, die Tat mit zwei weiteren Personen begangen zu haben. Er habe auf Anweisung der Organisation ByPol – bestehend aus regimekritischen, ehemaligen Sicherheitskräften – gehandelt.

Auch zahlreiche Bahnmitarbeitende wurden inhaftiert. Der belarussische Geheimdienst ermittelte gegen sie wegen Vorwürfen wie Spionage, Hochverrat oder Terrorismus. **Alexej Schischkawez** wurde unter dem Vorwurf des Terrorismus und der Beteiligung an einer bewaffneten Gruppierung zu elf Jahren Haft verurteilt. Die renommierte belarussische Menschenrechtsorganisation Viasna erklärte, dass Alexej Schischkawez sowie Denis Dikun, Dmitrij Rawitsch und Oleg Moltschanow keinen fairen Prozess erhalten haben.

Im März 2023 wurde bekannt, dass der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko ein Gesetz zur Einführung der Todesstrafe für Staatsbedienstete und Militärpersonal unterzeichnet hat. Betroffen sind Personen, die sich des Hochverrats schuldig gemacht und damit der nationalen Sicherheit von Belarus „irreparablen Schaden“ zugefügt haben. Über die genaue Auslegung solcher Anklagen sollen Gerichte urteilen.

Wir nutzen die Briefaktion, um auch an die Gefangenschaft von **Maria Kalesnikava** zu erinnern. Die Politikerin war am 7. September 2020 festgenommen und zunächst an einen geheimen Ort gebracht worden. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde sie aufgrund konstruierter Anklagen zu elf Jahren Haft verurteilt. Sie wurde in die Frauenstrafkolonie Gomel gebracht. Bis November 2024 war sie über 20 Monate von jeglichem Außenkontakt abgeschnitten. Seit Mitte November 2024 fehlt wieder ein Lebenszeichen von ihr.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Präsidenten der Republik Belarus und senden Sie eine Kopie an den Botschaftsrat in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Belarus, Luftpost, 1,25 EUR; nach Berlin 0,95 EUR**).
Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.10.2025.
[Fax-Nr. der Botschaft: 030/53635923, S.E. Herrn Andrei Shuplyak, Gesandter-Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.);
E-Mail: germany@mfa.gov.by]